

Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht



Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1
21335 Lüneburg

Verantwortlich
Michael Zeinert,
Hauptgeschäftsführer

Redaktion
Matthias Vogelsang
Leiter Zentrale Dienste
Telefon: 04131 - 742 - 111
Telefax: 04131 - 742 - 231
E-Mail: vogelsang@lueneburg.ihk.de

Internet: www.ihk24-lueneburg.de
Redaktionelle Änderungen wurden
vorgenommen, wo dies aus datenschutzrechtlichen
Gründen erforderlich war.

Jahresabschluss zum 31.12.2009

mit Anhang und Lagebericht



Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg

Bilanz

Erfolgsrechnung

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfburg, Lüneburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		49.495,00		42.383,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.436.427,00		4.508.311,00	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	321.406,76	4.757.833,76	350.804,76	4.859.115,76
III. Finanzanlagen				
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	11.852.173,07		13.727.063,00	
2. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungs- ansprüche	9.040.331,98	20.892.505,05	6.129.205,92	19.856.268,92
		25.699.833,81		24.757.767,68
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		2.466,05		2.450,73
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände				
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	901.198,87		870.925,01	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	100.895,38	1.002.094,25	78.638,39	949.563,40
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.628.498,76		1.917.025,84
		3.633.059,06		2.869.039,97
C. Rechnungsabgrenzungsposten		44.608,76		48.312,11
		29.377.501,63		27.675.119,76

Passiva

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Nettoposition		550.000,00		550.000,00
II. Rücklagen				
1. Ausgleichsrücklage	4.918.924,27		4.497.871,45	
2. Andere Rücklagen	3.087.239,16	8.006.163,43	3.433.517,43	7.931.388,88
III. Bilanzgewinn/-verlust		79.347,31		-700.047,18
		8.635.510,74		7.781.341,70
B. Sonderposten		20.495,80		27.431,41
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		16.563.412,79		16.104.845,00
2. Sonstige Rückstellungen		1.921.416,00		1.703.870,76
		18.484.828,79		17.808.715,76
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		6.226,71		0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		237.055,71		237.335,24
3. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern EUR 55.980,91 (i. Vj. EUR 55.879,07)--		342.833,10		271.111,15
		586.115,52		508.446,39
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.650.550,78		1.549.184,50
		29.377.501,63		27.675.119,76

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, Lüneburg

Erfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 2009

	2009	2008
	EUR	EUR
Betriebserträge		
1. Erträge aus Beiträgen	7.939.080,76	8.940.643,03
2. Erträge aus Gebühren	1.899.676,39	1.938.795,07
3. Erträge aus Entgelten	870.894,27	814.121,62
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.533.207,15	363.095,84
Summe Betriebserträge	12.242.858,57	12.056.655,56
Betriebsaufwendungen		
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	362.238,83	328.167,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.400.791,58	1.397.062,27
6. Personalaufwand		
a) Gehälter	4.304.815,25	4.591.336,08
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung --davon für Altersversorgung EUR 1.817.810,38 (i. Vj. EUR 2.380.297,19)--	2.582.411,22	3.204.620,73
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	174.563,29	191.549,35
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.497.125,64	2.912.817,20
Summe Betriebsaufwendungen	12.321.945,81	12.625.553,18
Betriebsergebnis	-79.087,24	-568.897,62
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.453.830,76	928.364,07
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72.298,19	89.424,05
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	992.085,77
Finanzergebnis	1.526.128,95	25.702,35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.447.041,71	-543.195,27
12. Außerordentliche Erträge	0,00	160.621,89
13. Außerordentliche Aufwendungen	580.238,00	160.621,89
Außerordentliches Ergebnis	-580.238,00	0,00
14. Sonstige Steuern	12.634,67	12.894,39
15. Jahresergebnis	854.169,04	-556.089,66
16. Gewinnvortrag	0,00	56.042,48
17. Einstellungen in Rücklagen		
a) in die Ausgleichsrücklage	1.121.100,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	200.000,00
18. Entnahmen aus Rücklagen aus anderen Rücklagen	346.278,27	0,00
19. Bilanzgewinn/-verlust	79.347,31	-700.047,18

Anhang

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, Lüneburg

Anhang zum Jahresabschluss 2009

Vorbemerkungen

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Jahresabschlusses nach kaufmännischen Grundsätzen (in Anlehnung an §§ 238 bis 256 HGB) bildet das Finanzstatut der IHK Lüneburg-Wolfsburg. Beginnend zum 01.01.2006 ist die kameralistische Haushaltsführung durch ein kaufmännisches Rechnungswesen ersetzt worden.

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 13 des Finanzstatuts der IHK Lüneburg-Wolfsburg in Anlehnung an das HGB erstellt. Die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25.05.2009 (BGBl. I Seite 1102) bedingten rechnungslegungsbezogenen Änderungen des Handelsgesetzbuches setzt die IHK entsprechend Art. 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB bereits vollumfänglich im Rahmen des vorliegenden Abschlusses zum 31.12.2009 um.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden zum 31.12.2009 waren die folgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Beachtung der durch das BilMoG vom 25.05.2009 (BGBl. I Seite 1102) bedingten rechnungslegungsbezogenen Änderungen maßgebend. Darüber hinaus sind unverändert das Finanzstatut der IHK Lüneburg-Wolfsburg gem. Beschluss der Vollversammlung am 08.09.2005 und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts maßgeblich.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AFA-Tabellen angewandt. Sie entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Diese beträgt bei den immateriellen Vermögensgegenständen 5 Jahre, bei anderen Anlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung 5 bis 13 Jahre.

Die Gebäude wurden aufgrund von Gutachten öffentlich bestellter Sachverständiger mit dem Verkehrswert (Ertragswert- bzw. Vergleichswertverfahren im Rahmen der Eröffnungsbilanz) angesetzt und linear über die in den Gutachten festgesetzten Restnutzungsdauern von 50, 55 bzw. 60 Jahren abgeschrieben. Die Grundstücke werden in den Gutachten mit Vergleichswerten in Ansatz gebracht.

Bewegliche Anlagegegenstände des Anlagevermögens mit Einzelanschaffungskosten von bis zu € 410,00 wurden bis zum 31. Dezember 2007 im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Seit dem Geschäftsjahr 2008 werden geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Einzelanschaffungspreis von bis zu € 150,00 sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 werden in einem Sammelposten erfasst und über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren linear abgeschrieben.

In den Finanzanlagen ist das Sparbuchguthaben mit seinem Nominalwert angesetzt, Fondsanteile werden mit dem Anschaffungswert in Ansatz gebracht. Entgegen der allgemeinen Vorschriften des § 266 HGB sind entsprechend der Ziffer 2.5 der Anlage 7 der Richtlinie zur Ausführung des Finanzstatuts der IHK (RFS) in Verbindung mit § 13 RFS zu den Finanzanlagen auch die Geldanlagen (Spareinlagen) zu zählen, die zur Deckung von langfristigen Rückstellungen (Pensionen, Beihilfen) bestimmt sind. Die Rückdeckungsansprüche aus Versicherungen werden mit dem Aktivwert bilanziert.

Die in Fondsanteilen gehaltenen Guthaben bei der Unterstützungskasse (UkdW) werden mit dem Kurswert zum 31.12.2009 in Ansatz gebracht, da der Anschaffungswert nach der Abschreibung in 2008 durch die Wertaufholung in 2009 noch nicht erreicht werden konnte. Die Bewertung der in den Finanzanlagen gehaltenen Fondsanteile erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf den auf Dauer beizulegenden Wert. Zuschreibungen erfolgen bei Wertaufholung bis maximal zu den ursprünglichen Anschaffungskosten. Entgegen der allgemeinen Vorschriften des § 275 HGB sind entsprechend dem Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden der IHK/DIHK-Arbeitsgruppe Kontierung die Zuschreibungen im Finanzergebnis unter den Erträgen aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens ausgewiesen. Das Guthaben im Pensionstrust wird mit dem Anschaffungswert bilanziert.

Die Beteiligungen kleiner 20 % werden zu Anschaffungskosten bewertet und unter „Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche“ ausgewiesen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden nur bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Bei den Vorräten handelt es sich im Wesentlichen um Bestände an Außenhandelsformularen, die zu letzten Einstandspreisen bewertet werden.

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und sonstigen Entgelten sind zum Nominalwert angesetzt, werden in der Bilanz aber mit den wertberichtigten Werten ausgewiesen. Für die Forderungen aus Beiträgen werden in Anlehnung an den Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden der IHKs gestaffelte pauschalierte Einzelwertberichtigungen differenziert nach Bescheidjahr und HR/KGT-Betrieben angesetzt. Sie betragen im Einzelnen bei HR-Betrieben für Forderungen aus dem laufenden Jahr 0 %, für Forderungen aus dem Vorjahr 70 % und für alle aus übrigen Jahren 100 %. Bei KGT-Betrieben werden Forderungen aus dem laufenden Jahr mit 10 % pauschal wertberichtigt, Forderungen aus dem vorherigen Geschäftsjahr mit 90 % und Forderungen, die in den übrigen Jahren entstanden sind, mit 100 %. Für die Forderungen aus Gebühren und Entgelten beträgt die

gebildete Pauschalwertberichtigung 1 %. Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Flüssige Mittel (Bankguthaben und Kassenbestand) sind zum Nominalwert ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Heubeck Richttafeln 2005G ermittelt. Für die Abzinsung wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 5,25 % (Vj. 6 %) gemäß der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (RückAbzinsV) vom 18.11.2009 (Inkrafttreten am 26.11.2009) verwendet.

Im Rahmen der Bewertung war ab Rentenbeginn eine jährliche Rentenerhöhung von 1,5 % einzurechnen. Die Bewertung dieser Rentenanpassung erfolgte durch Anwendung eines technischen Zinssatzes von 3,7 % auf die Barwerte ab Leistungsbeginn.

Außerdem war von einer jährlichen Steigerung der anrechenbaren Bezüge bis zum rechnungsmäßigen Pensionsalter um jährlich 2 % und von einer Dynamik der Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung von jährlich 1 % auszugehen.

Der sich aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG ergebende Zuführungsbetrag (Methodenänderung) bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von € 5.194.174 wird entsprechend Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB auf die kommenden 15 Geschäftsjahre verteilt. Für das Geschäftsjahr 2009 wurde ein Teilbetrag in Höhe von einem Fünfzehntel (€ 346.278) aufwandswirksam passiviert. Aus dem Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 EGHGB ergibt sich somit ein nicht passivierter Betrag in Höhe von € 4.847.896. Dieser wird bis zum Jahr 2023 in konstanten Jahresraten schrittweise passiviert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Sie haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.



2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1 Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlagepositionen und ihre Entwicklung im Berichtsjahr sind im Anlagespiegel dargestellt.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen in Höhe von T€ 20.893 dienen der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen sowie der Finanzierung der Rückstellungen, insbesondere der Pensionsrückstellungen. Die Buchwerte zum Bilanzstichtag betragen wie folgt:

Sparbuchguthaben	T€ 3.823
Fondsanteile	T€ 4.067
Wertpapiere	T€ 3.962
Rückdeckungsansprüche (Versicherungen)	T€ 1.915
Fonds (UkdW)	T€ 5.006
Pensionstrust	T€ 2.000

Im Berichtsjahr wurden dabei Zuschreibungen auf Grund von Kurserhöhungen in Höhe von T€ 735 vorgenommen.

Das dem DIHK gewährte Darlehen in Höhe von T€ 83 wurde bereits 2006 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung abgeschrieben und seit dem unverändert mit einem Erinnerungswert von einem Euro in Ansatz gebracht. Hierbei handelt es sich um ein zinsloses, unbefristetes Darlehen, das dem DIHK in 2002 zur Verfügung gestellt wurde. Die Vollversammlung des DIHK hatte dann entschieden, die Rückzahlung des Darlehens auszusetzen. Der Anspruch auf Rückzahlung wird aber durch den bilanzierten Erinnerungswert aufrechterhalten.

Eine langfristige Forderung (T€ 58) gegenüber einer anderen IHK aus der Weiterbelastung von Pensionsverpflichtungen ist mit in den Finanzanlagen aufgenommen.

2.2 Umlaufvermögen

Der Forderungsbestand zum Bilanzstichtag setzt sich wie folgt zusammen:

<u>Bezeichnung</u>	in T€		
	Brutto	Wertberichtigung	Netto
Beiträge	916	262	654
davon Handelsregisterunternehmen	307	53	254
davon Kleingewerbetreibende	609	209	400
<u>Gebühren und sonstige Entgelte</u>	249	2	247
	1.165	264	901

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 101 betreffen debitorische Kreditoren (T€ 6), Forderungen aus Kindergeldzahlungen (T€ 5), abgegrenzte Zinsen aus Festgeldern (T€ 73), Forderungen an Sozialversicherungsträger (T€ 7), Forderungen aus Erstattungen für Projekte (T€ 5) und Sonstige (T€ 5).

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Der bilanzierte Kassenbestand setzt sich zusammen aus Sparguthaben mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist in Höhe von T€ 1.520, Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 1.107 und einem Barkassenbestand von T€ 1.



Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beziehen sich auf Beiträge für Mitgliedschaften sowie zur Altersversorgung, Aufwendungen für Nutzungslizenzen, in 2009 erworbene Budgets für Stellenanzeigen bei einem Onlineportal sowie bereits gekaufte Prüfungsmittel für das Jahr 2010.

2.3 Eigenkapital

Nettoposition

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auf T€ 550 festgesetzt.

Rücklagen

Die Ausgleichsrücklage dient zum Ausgleich konjunkturell bedingter Schwankungen im Beitragsaufkommen und ist gemäß Finanzstatut in Höhe von 30 bis 50 % bezogen auf die betrieblichen Aufwendungen zu bilden. Die Ausgleichsrücklage ist mit T€ 4.919 dotiert und entspricht damit 40 % der in der Erfolgsrechnung 2009 ausgewiesenen Betriebsaufwendungen.

Die Position „Andere Rücklagen“ besteht aus einer zweckgebundenen Rücklage von T€ 250 und aus einer Rücklage in Höhe von T€ 2.837, die zur Rückdeckung der Pensionsverpflichtungen zusätzlich zu den Pensionsrückstellungen gebildet wurde. Diese Rücklage wird nun aufgrund des folgenden Sachverhalts von 2009 bis 2023 aufgelöst:

Die IHK bilanziert zum 31.12.2009 nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes. Die Rückstellungen wurden daher nach dem Teilwertverfahren mit einem Zinssatz von 5,25 % berechnet. Zum 31.12.2009 ergibt sich danach bei den Pensionsrückstellungen aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens gegenüber dem bisherigen Bewertungsansatz nach § 6a EStG eine Deckungslücke von insgesamt T€ 5.194, von der bereits 59 % durch die Pensionsrücklage in Höhe von T€ 2.837 abgedeckt werden können. Diese wird nach der in Art. 67 Abs. I EGHGB eingeräumten Möglichkeit nun – in 2009 beginnend – in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel geschlossen. Das hat einen jährlichen Zuführungsbetrag von T€ 346 zu den Pensionsrückstellungen zur Folge, der als außerordentlicher Aufwand verbucht wird. In gleicher Höhe dieses Zuführungsbetrags wird die Pensionsrücklage über die nächsten Jahre aufgelöst. Das Gesamtergebnis wird also erst nach vollständiger Auflösung der Rücklage durch die zusätzliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen belastet. Dies ist ab dem Jahr 2018 der Fall. Entsprechend dem Beschluss der Vollversammlung vom 26.11.2009 wurde die Ausgleichsrücklage um T€ 1.121 erhöht.



Bilanzgewinn

Die Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von T€ 79 unterliegt gem. § 14 Abs. 3 des Finanzstatuts der Beschlussfassung durch die Vollversammlung.

Sonderposten

Bei dem Sonderposten (T€ 20) handelt es sich um die Restbuchwerte einer öffentlichen Zuwendung zum Ausbau eines Schulungsgebäudes, welche im Jahre 1988 gewährt wurde (T€ 15) sowie um einen Zuschuss von einer anderen IHK für einen gemeinsam genutzten PKW in Höhe des hälftigen fortgeführten Anschaffungspreises (T€ 5).

2.4 Fremdkapital

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen (T€ 16.563) werden für die eigenen Mitarbeiter und Ruhegeldempfänger auf Grundlage der schon zitierten versicherungsmathematischen Gutachten nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum Bilanzstichtag berechnet (T€ 16.327). Für drei Mitarbeiter anderer Industrie- und Handelskammern, für die ebenfalls anteilige Pensionsverpflichtungen bestehen, liegen Gutachten der jeweiligen Kammern vor (T€ 236).

Die sonstigen Rückstellungen (T€ 1.921) enthalten Vorsorgen für Risiken und Verpflichtungen aus Beihilfen (T€ 961), Prozessrisiken (T€ 543), Jubiläumszuwendungen (T€ 128), interne und externe Jahresabschlusskosten (T€ 39), Aufbewahrungspflichten (T€ 50), rückständige Urlaubs- und Gleitzeittage (T€ 49), ausstehende Rechnungen (T€ 118) und für Berufsgenossenschaftsbeiträge (T€ 33).

Für die Jubiläumsrückstellungen und Beihilfeverpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten vor. Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen wurde auf der Basis der tatsächlichen Beihilfeleistungen der letzten fünf Jahre gebildet.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind Steuerverbindlichkeiten in Höhe von T€ 56 enthalten.



Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohnsteuer, kreditorische Debitoren (Beitragsrückerstattungen u. a.) und erhaltene Gelder für Projekte, die noch ausgeschüttet werden müssen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um bereits erhaltene Ausbildungsgebühren für Verträge, die über den Bilanzstichtag hinaus laufen. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst.

3. Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung:

Der Präsident und der Hauptgeschäftsführer vertreten die IHK gerichtlich und außergerichtlich. Der Hauptgeschäftsführer leitet die laufenden Geschäfte der IHK gemäß § 10 der Satzung. Er hat dabei die Richtlinien und Beschlüsse der Organe zu beachten.

Präsident: Eberhard Manzke

Vizepräsidenten: Bernd Ahlbrecht
Tristan Bötnagel (ausgeschieden am 26.11.2009)
Detlef Bühmann
Ekkehardt Busch
Jens-Peter Clarfeld
Dr. Peter Dörfler (ab 26.11.2009)
Michael Ganninger (ausgeschieden am 26.11.2009)
Hubertus Kobernuß (ab 26.11.2009)
Volker Meyer
Prof. Dr. Volker Weilep

Hauptgeschäftsführer: Michael Zeinert

Die Angabe der Gesamtbezüge für den Hauptgeschäftsführer unterbleibt entsprechend der handelsrechtlichen Erleichterungsvorschriften. Die Ämter des IHK-Präsidenten und der IHK-Vizepräsidenten sind ehrenamtlich.

Die Mitarbeiterzahl der IHK zum 31.12.2009 ergibt sich aus der Anlage 3 zum Anhang.



Finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg hat jährliche finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von T€ 254. Diese setzen sich zusammen aus Mieten für Gebäude (T€ 60), für Telekommunikation (T€ 65) und für die Alarmanlagen (T€ 3) sowie aus Leasingverpflichtungen für Drucker, Kopierer und eine Kuvertiermaschine (T€ 69). Zudem gab es Verpflichtungen aus Wartungsverträgen für Gebäude (T€ 5), für Hardware (T€ 17), für Software (T€ 31) und für sonstige Wartungen (T€ 3). Weitere Verpflichtungen entstanden aus Aufwendungen für regelmäßige Fremdleistungen in Höhe von T€ 555. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Fremdreinigung (T€ 80), Sicherungsdienste (T€ 36), EDV-Dienstleistungen (T€ 243), Verwaltungs- und Abrechnungssysteme (T€ 132) und Postdienste (T€ 50). Die entsprechenden Verträge enden frühestens in 2011 und spätestens 2013.

Die Mitgliedschaft der IHK Lüneburg-Wolfsburg im DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin, begründet die satzungsmäßige Verpflichtung zur Zahlung eines zur Deckung der Verbindlichkeiten erforderlichen Schlussbeitrages im Falle der Auflösung oder sonstigen Beendigung des DIHK. Dieser Schlussbeitrag wäre hierbei auf die dem DIHK angehörenden IHKs nach dem Verhältnis ihrer Beiträge in den letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren zu verteilen. Der Finanzierungsanteil der IHK Lüneburg-Wolfsburg beträgt derzeit rund 1,436 %. Der DIHK weist gegenwärtig unterhalb der Bilanz Pensionsverpflichtungen in Höhe von € Mio. 47 gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB aus. Der mögliche Haftungsanteil der IHK Lüneburg-Wolfsburg beträgt somit T€ 680. Derzeit wird die Wahrscheinlichkeit der Auflösung oder sonstige Beendigung des DIHK als äußerst gering eingestuft.

Außerbilanzielle Geschäfte

Die IHK zieht aus den in den sonstigen finanziellen Verpflichtungen genannten Leasingverträgen die Finanzvorteile, muss jedoch jederzeit den Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

Gewinnverwendungsvorschlag

Präsident und Hauptgeschäftsführer schlagen vor, das Ergebnis (T€ 79) in die Ausgleichsrücklage einzustellen.

Prüfungs- und Beratungsgebühren

Das für das Geschäftsjahr 2009 berechnete Netto-Honorar des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss der IHK beträgt für:

Abschlussprüferleistungen	T€ 16
---------------------------	-------

4. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2009

Den finanziellen Rahmen des wirtschaftlichen Handelns der IHK Lüneburg-Wolfsburg steckte im Jahr 2009 der von der Vollversammlung am 26.11.2009 in Lüneburg letztmalig beschlossene Wirtschaftsplan. Nachfolgend werden wesentliche Positionen der Erfolgsrechnung 2009 und wesentliche Abweichungen von den Planzahlen erläutert.

zu 1.) Erträge aus Beiträgen

Den avisierten Planwert von T€ 7.936 konnte die IHK mit T€ 7.939 fast punktgenau erreichen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus Beiträgen allerdings um rund T€ 1.000 zurückgegangen. Dies ist mit einem deutlichen Rückgang der Beitragseinnahmen für Vorjahre in Höhe von T€ 959 zu erklären. Da in die endgültig veranlagten Vorjahre auch das Jahr 2008 einbezogen wird, ist für die beschriebene Entwicklung ganz wesentlich die in 2008 beginnende Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich zu machen.

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Danach liegen die für 2009 noch nicht realisierten Erträge aus noch nicht fakturierten IHK-Beiträgen bei T€ 105.

zu 2.) Erträge aus Gebühren

Bei den Erträgen aus Gebühren ist der Planansatz in Höhe von T€ 1.916 um insgesamt T€ 17 unterschritten worden. Dies resultiert hauptsächlich aus Mindererträgen bei den Berufsbildungsgebühren.

zu 3.) Erträge aus Entgelten

Bei den Erträgen aus Entgelten hat die IHK den Planwert in Höhe von T€ 796 mit T€ 871 deutlich übertroffen. Die Erträge für den Bereich Weiterbildung (Seminare und Lehrgänge) stellten den größten Teil der Entgelte dar. Im Jahr 2009 überschritten diese das Planziel um T€ 77, da die Nachfrage wesentlich höher ausfiel als es noch zu Planungszeiten abzusehen war.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus Entgelten um T€ 57 angestiegen. Für diesen Anstieg sind neben Mehrerträgen im Weiterbildungsbereich Erträge aus dem alle zwei Jahre ausgerichteten Tourismustag in Höhe von T€ 33 ursächlich.

zu 6.) Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sind um T€ 25 höher ausgefallen als geplant.



Innerhalb der öffentlichen Zuwendungen für geförderte Projekte wurden T€ 30 weniger erstattet, da eine Personalstelle im Förderprojekt „Ausbildungsplatzakquisition“ im letzten Quartal nicht besetzt war. Die Mehrerträge in Höhe von T€ 45 in der Gruppe „Sonstige“ ergaben sich im Wesentlichen durch die Auflösung von Rückstellungen (T€ 141) sowie durch Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen für Forderungen (T€ 21).

Einen wesentlichen Anteil innerhalb der Gruppe „Sonstige“ stellen die periodenfremden Erträge in Höhe von T€ 707 dar. Davon begründen sich T€ 537 darauf, dass die zum 01.01.2008 gekündigte Mitgliedschaft beim Versorgungsverband deutscher Wirtschaftsorganisationen (VdW) wieder rückgängig gemacht werden konnte und für das Wirtschaftsjahr 2008 rückwirkend Rückvergütungen für Versorgungsbezüge in obiger Höhe gezahlt wurden.

Für das Wirtschaftsjahr 2009 ergaben sich laufende Rückvergütungen in Höhe von T€ 537, die innerhalb der Gruppe „Erträge aus Erstattungen“ ausgewiesen werden.

Die beiden VdW-Zahlungen begründen im Wesentlichen den Anstieg der Sonstigen betrieblichen Erträge auf T€ 1.533 gegenüber T€ 363 im Vorjahr.

Die Betriebserträge sind aufgrund der o. g. Veränderungen im Jahr 2009 insgesamt gegenüber dem Planansatz um T€ 86 und gegenüber dem Vorjahr um T€ 186 höher ausgefallen.

zu 7.) Materialaufwand

Der Materialaufwand umfasst die Aufwendungen, die unmittelbar für die Leistungserstellung der IHK anfallen. Der Planansatz wurde um T€ 33 überschritten. Der Mehraufwand korreliert mit den erhöhten Erträgen aus Entgelten. Für erhöhte Aufwendungen für Lehrgangsunterlagen und Prüfungsmittel etc. innerhalb der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind T€ 17 angefallen. Gleichzeitig sind innerhalb der Gruppe „Aufwand für bezogene Leistungen“ neben höheren Aufwendungen für Dozentenhonorare (T€ 43) Einsparungen in Höhe von T€ 27 realisiert worden.

zu 8.) Personalaufwand

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalaufwand von T€ 7.796 auf T€ 6.887 reduziert. Ursache bei den Gehältern sind vor allem Einsparungen, die sich im Wesentlichen dadurch ergaben, dass einige Mitarbeiter ausgeschieden sind und diese Stellen entweder gar nicht oder später als geplant - und dann meist kostengünstiger - nachbesetzt werden konnten.

Die Veränderungen in Höhe von T€ 623 gegenüber dem Vorjahr bei der Position „Soziale Abgaben, Aufwand für Altersversorgung und Unterstützung“ ergaben sich durch zwei wesentliche Effekte: Zum einen mussten in 2009 keine zusätzlichen Rückstellungen gebildet werden (in 2008 waren dies rund T€ 1.100), zum anderen wurde aufgrund der Reaktivierung der Mitgliedschaft beim Versorgungsverband (VdW) eine Umlagezahlung in Höhe von T€ 506 fällig.

Die Überschreitung des Personalaufwands um T€ 98 gegenüber dem für 2009 geplanten Wert basiert auf zum Planungszeitpunkt noch nicht absehbaren Prozessrisiken, für die entsprechend hohe Rückstellungen gebildet werden mussten.



zu 10.) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit T€ 3.497 geringfügig über dem Planwert in Höhe von T€ 3.455.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auch die periodenfremden Aufwendungen verbucht, die sich im Wirtschaftsjahr 2009 auf T€ 744 beliefen. Davon sind T€ 484 durch die unter Punkt 6 bereits erwähnte reaktivierte Mitgliedschaft beim VdW per 01.01.2008 entstanden. Die übrigen periodenfremden Aufwendungen in Höhe von T€ 28 stellen nach Buchungsschluss eingetroffene Eingangsrechnungen dar, die für im Vorjahr erbrachte Leistungen gestellt wurden.

Insgesamt hat sich der Betriebsaufwand im Vergleich zum Planansatz um T€ 173 erhöht, im Vergleich zum Vorjahr aber von T€ 12.626 auf T€ 12.322 verringert.

Das Betriebsergebnis ist mit T€ -79 aufgrund der Mindererträge und Mehraufwendungen um T€ 87 geringer ausgefallen als geplant.

zu 11. - 15.) Finanzergebnis

Das **Finanzergebnis** ist mit T€ 1.526 deutlich positiver ausgefallen als im Jahr 2008 (T€ 26). Dies ist hauptsächlich damit zu erklären, dass in 2009 die im Vorjahr vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von T€ 992 auf die Werte des über die UkdW gehaltenen Finanzanlagevermögens zu einem Großteil wieder zugeschrieben werden konnten (T€ 735). Zum Planungszeitpunkt war mit einer solch positiven Entwicklung nicht zu rechnen. Daher wurde für 2009 lediglich von einer Wertaufholung von T€ 500 ausgegangen. Die T€ 234 überplanmäßige Zuschreibung erklären daher die in 2009 ausgewiesenen Mehrerträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens.

zu 17.) Außerordentliche Aufwendungen

Der außerordentliche Aufwand im Jahr 2009 ergibt sich durch die Neubewertung der Rückstellungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG).

Wie oben erläutert wurden T€ 346 als außerordentlicher Aufwand zur Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gebucht. Und zusätzliche T€ 234 mussten einmalig den Beihilferückstellungen zugeführt werden, da sich diese an der Höhe der Pensionsrückstellungen orientieren.



zu 20.) Jahresergebnis

Unter Berücksichtigung der betrieblich veranlassten Steuern wie Grundsteuer und Kfz-Steuer (T€ 13), beträgt das Jahresergebnis T€ 854 und liegt damit T€ 80 über dem Planwert.

Für 2009 wurden, wie geplant, die Ausgleichsrücklage um T€ 1.121 erhöht und T€ 346 aus der Rücklage für Pensionsverpflichtungen entnommen.

Präsident und Hauptgeschäftsführer schlagen der am 1. Juni 2010 tagenden Vollversammlung vor, den Bilanzgewinn in Höhe von T€ 79 der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Lüneburg, den 5. Mai 2010

Eberhard Manzke
Präsident

Michael Zeinert
Hauptgeschäftsführer

Lagebericht



Lagebericht zum Jahresabschluss 2009

1. Geschäftsverlauf

1.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft der Region

Das regionale Wirtschaftsklima, das Anfang 2009 in Folge der weltweiten Wirtschaftskrise seinen Tiefpunkt hatte, erholte sich seither langsam, aber beständig. Nach dem tiefen Fall zur Jahreswende 2008 / 2009 stieg die Stimmung in der Region über alle Branchen, so dass die Unternehmen gegen Ende 2009 deutlich positiver in die Zukunft blickten als noch im Vorjahr. Nach einer konjunkturellen Talfahrt zu Jahresbeginn war die Stimmung der regionalen Wirtschaft damit zum Ende des Jahres 2009 sogar besser als im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre.

Die Industrie, noch zu Beginn 2009 dramatisch von den Nachfragerückgängen im Ausland betroffen, konnte sich im Laufe des Jahres erholen und schaut zuversichtlich ins Jahr 2010. Die Gründe für den einkehrenden Optimismus liegen insbesondere in der wachsenden Auslandsnachfrage und den damit einhergehenden Auftragseingängen. Für das Jahr 2010 erwarten speziell die Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern nach guten Zahlen gegen Ende 2009 eine Stabilisierung auf hohem Niveau. Ähnlich positiv zeigen sich die Perspektiven in der Vorleistungsgüterindustrie. Allein die Investitionsgüterhersteller blicken sehr verhalten in das Jahr 2010. Nach schwachen Wirtschaftszahlen in 2009 wird auch in 2010 noch eine zurückhaltende Investitionsbereitschaft bei den Unternehmen erwartet. Da die Kapazitäten nach dem scharfen konjunkturellen Einbruch in 2009 noch nicht wieder voll ausgelastet sind, lassen Investitionen noch auf sich warten.

In Folge hoher öffentlicher Investitionen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II geht das Baugewerbe stabilisiert aus dem Jahr 2009 hervor. Die Aussichten für 2010 stellen sich in Folge rückläufiger Auftragsneueingänge und der geringen Reichweite vorhandener Aufträge eher verhalten dar.

Erstaunlich krisenresistent kam der Einzelhandel durch das schwierige Jahr 2009. Auch in 2010 wird erwartet, dass der Einzelhandel vorerst von konjunkturellen Schwankungen verschont bleiben wird. Ab Mitte des Jahres 2010 könnte sich die gute Stimmung allerdings wandeln. Ursächlich für diese verhaltene Stimmung ist der prognostizierte Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich negativ auf die Kaufkraft auswirken dürfte. Der Großhandel schaut hingegen sehr optimistisch ins Jahr 2010 und plant fast ausnahmslos mit wachsenden Beschäftigtenzahlen und steigenden Investitionen.



Auch die Mehrheit der Tourismusbetriebe im IHK-Bezirk hat das Krisenjahr 2009 verhältnismäßig gut überstanden. Beherbergungs- und vor allem Campingbetriebe können auf ein gutes Jahr zurückblicken. Der Trend hin zum Inlandsurlaub ist der Region zugute gekommen und hat sogar für steigende Übernachtungszahlen gesorgt. Allerdings haben die Unternehmen, die in größerem Umfang vom Geschäftstourismus abhängig sind, merkliche Einbußen erlitten.

In der Gastronomie und in der Reisebüro- und Veranstalterbranche hat sich die Krise noch am ehesten gezeigt. Ein insgesamt zurückhaltendes Ausgabeverhalten der Gäste hat zu Umsatzrückgängen geführt. Reisebüros und -veranstalter haben zudem eine verringerte Nachfrage im Auslandsreise- und Geschäftsreisesegment zu spüren bekommen.

Für das Jahr 2010 sind die Zukunftserwartungen verhalten; mehrheitlich wird bestenfalls mit einer gleichbleibenden Geschäftsentwicklung gerechnet. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze oder größere Investitionen dürften daher bis auf Weiteres die Ausnahme bleiben.

1.2 Schwerpunkte der Leistungen der IHK einschließlich wesentlicher Projekte

Im Folgenden werden wesentliche Schwerpunkte der IHK - gegliedert nach den einzelnen Geschäftsfeldern - dargestellt.

Standortpolitik

Im Bereich der Verkehrswirtschaft griff die IHK das Jahresthema der IHK-Organisation „Mobilität ist Zukunft“ auf und setzte ihre Anstrengungen zu einer Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Raumes fort. Dabei standen neben der Förderung des Projektes A 39 / A 14 einschließlich der Querverbindung zwischen beiden Autobahnen die Ertüchtigung für den Elbe-Seitenkanal und die Unterstützung verschiedener Schieneninfrastrukturprojekte (Y-Trasse, Drittes Gleis) im Vordergrund. Weitere Vorhaben, für die sich die IHK einsetzte, waren auch in 2009 die A 21 (Ostumfahrung Hamburgs mit Fortführung einer Autobahn in Verlängerung der jetzigen B 404 über die A 250 hinaus bis zur A 7) sowie die ersten Überlegungen für eine A 27 vom Walsroder Dreieck durch den Norden des Landkreises Celle in Richtung Berlin. Diese und andere Forderungen wurden Bestandteil eines umfangreichen Positionspapiers, das am 26.11.2009 von der Vollversammlung verabschiedet wurde. Darüber hinaus erarbeitete der Geschäftsbereich zur Unterstützung des Nordland-Autobahn-Vereins e. V. eine umfangreiche Imagekampagne für die A 39.

Im Bereich des Handels war die IHK erneut mit einer großen Anzahl von Projekten der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe befasst. Die Einzelhändler der Region für das aus dem Tourismus kommende Projekt „ServiceQualität“ zu begeistern, bildete neben der



Erarbeitung eines Leitfadens zur Bauleitplanung für Unternehmen einen weiteren Schwerpunkt.

Die Durchführung des 13. Tourismustages Niedersachsen bildete im Bereich Tourismus den Arbeitsschwerpunkt im ersten Halbjahr 2009. Im zweiten Halbjahr stand neben der Fortführung der Auseinandersetzung um einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie der Dialog mit den tourismuspolitischen Sprechern der im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien und den touristischen Verbänden zum Thema Förderpolitik, sowie mit dem Wirtschaftsministerium im Hinblick auf die sich zurzeit in der Abstimmung befindende Tourismusstrategie Niedersachsen 2015 im Mittelpunkt. Auch das Thema „Kurortepädikatisierung“ nahm wegen des Auslaufens der derzeitigen Prädikatisierungen, die für den 31.03.2010 vorgesehen war, größeren Raum ein.

Starthilfe und Unternehmensförderung

Das Jahr 2009 stand im Geschäftsbereich Starthilfe und Unternehmensförderung unter dem besonderen Eindruck einer sich vertiefenden und auch im IHK-Bezirk immer stärker spürbaren Wirtschaftskrise. Um den Mitgliedsbetrieben aktuelle Informationen zu den für sie in der Krise relevanten Unterstützungsmaßnahmen des Staates und betriebswirtschaftlichen Handlungsbereichen zu vermitteln, hat unsere IHK im Internet die Sonderseiten „Chancen in der Krise“ aufgelegt. Diese stellt für die Interessenten Informationen z. B. über die Änderungen bei der Kurzarbeiterregelung, über das Kredit- und Bürgschaftsprogramm des Bundes, über die besonderen Initiativen des Landes, aber auch über die Chancen, die aus den befristet vorgenommenen Erleichterungen beim Vergaberecht und dem Ausgabenprogramm des Bundes im Rahmen des Konjunkturpakets II folgten, bereit. Auch über die aktuelle konjunkturelle Entwicklung wurde laufend berichtet. Darüber hinaus führte unsere IHK eine Vielzahl von Finanzierungsveranstaltungen in Lüneburg, Wolfsburg und Celle durch. In der zweiten Jahreshälfte wurde das IHK-Beratungsangebot für Unternehmen in der Krise ausgeweitet und vertieft. Neben der Einzelberatung bietet unsere IHK ein qualifiziertes Expertenforum für Betriebe im Frühstadium einer Krise an, in dem Handlungsalternativen aufgezeigt werden. Darüber hinaus ist die IHK seit Mitte 2009 Partner der KfW-Mittelstandsbank bei den Programmen Runder-Tisch- und Turnaround-Beratung. Im Rahmen dieser Aktivität kann unsere IHK staatlich voll geförderte Situationsanalysen durch Unternehmensberater in mehreren Tagewerken direkt zusagen und in betriebswirtschaftlich aussichtsreichen Fällen Beratungszuschüsse für Sanierungsberatungen vermitteln.

Im Verfahren zur Vergabe von Investitionszuschüssen aus der so genannten GRW-Förderung gibt unsere IHK Stellungnahmen zur betriebswirtschaftlichen Situation und Förderwürdigkeit der Antragsteller ab. Anfang 2009 erleichterte die Landesregierung die Rahmenbedingungen für diese Förderung im Zuge der Finanzmarktkrise beträchtlich. In der Folge hat sich die Zahl der IHK-Stellungnahmen in diesem Bereich mehr als verdoppelt. Allein



in der zweiten Jahreshälfte wurden 90 Stellungnahmen zu geförderten Investitionen in einem Gesamtvolumen von 150 Mio. Euro abgegeben.

Wegen des hohen Antragsanfalls kurz vor Auslaufen der Übergangsfrist zur Eintragung in das seit Mai 2007 durch die IHKs geführte Versicherungsvermittlerregister, hatte die Bundesregierung Ende 2008 eine Karenzregelung eingeführt, die die Eintragung bis zum 31. März 2009 zuließ. Durch diese Regelung und die gleichzeitige Notwendigkeit, Registrierungen im Zuge der Novelle der Versicherungsvermittlerverordnung zu erweitern, entstand für die IHK in diesem Arbeitsgebiet im ersten Quartal erhöhter Aufwand. Die Zahl der durch die IHK erteilten Gewerbeerlaubnisse war vor dem Hintergrund der Karenzzeitregelung mit rd. 250, die Zahl der Registereintragungen mit 832 unerwartet hoch.

Im Sachkundeprüfungsbereich fiel die Zahl der Berufskraftfahrerprüfungen, die seit September 2008 für alle Busfahrer, seit September 2009 für alle Lkw-Fahrer vorgeschrieben sind, mit 209 höher aus als erwartet. Betroffen sind nur solche Fahrer, die zum Einführungszeitpunkt noch nicht in Besitz eines Führerscheins der relevanten Klasse waren. Auf mittlere Sicht wird sich die Zahl der Prüfungen der Zahl der im Güterkraftverkehrs- und Personenbeförderungsbereich erworbenen Führerscheine annähern und nach IHK-Schätzungen bei rund 800 pro Jahr liegen.

Im Bereich der Interessenvertretung waren 2009 im Geschäftsbereich Starthilfe und Unternehmensförderung die Themen Vergaberecht und Finanzmarktregulierung besonders relevant. Es wurde ein umfassendes Positionspapier zur Modernisierung des Vergaberechts gegenüber der Landesregierung abgegeben und eine Evaluation des neuen Versicherungsvermittlerrechts begonnen, um Einfluss auf die angedachte Regulierung des Marktes für Anlagevermittlung und die Novelle der EU-Versicherungsvermittlerrichtlinie in 2010 nehmen zu können.

Aus- und Weiterbildung

Im Bezirk der IHK sind über 4.300 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen und durch die IHK geprüft und registriert worden. Dies sind 3,8 % weniger als im Vorjahr und entspricht dem demografischen Trend. Gleichzeitig hat die IHK 3.952 Zwischen-, 4.339 Abschluss- und 2.350 Fortbildungsprüfungen mit rund 270 Prüfungsausschüssen durchgeführt. 980 Betriebe wurden persönlich vor Ort beraten. Alle Prüfer und Ausschüsse wurden für weitere fünf Jahre neu berufen bzw. konstituiert.

Der Ausbildungspakt wurde im IHK-Bezirk erfolgreich umgesetzt. Die in Land und Bund im Pakt vereinbarten Ziele „Einwerbung“ von 520 neuen Ausbildungsplätzen und 370 Einstiegsqualifizierungen sowie 280 erstmals ausbildenden Betrieben sind deutlich übertroffen worden. Die IHK hat fast 340 neue Ausbildungsbetriebe, rd. 780 neue Ausbildungsplätze und rund 460 Einstiegsqualifizierungsangebote akquiriert. Im Zuge der Nachvermittlung konnte in

Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit die Zahl unvermittelter Bewerber im IHK-Bezirk von rund 66 auf 33 reduziert werden.

Im Rahmen der Federführung Berufsausbildung wurde für den NIHK die „Qualifizierungsoffensive Niedersachsen“ und der „Aktionsplan zum doppelten Abiturjahrgang 2011“ verhandelt und abgeschlossen und der Ausbildungspakt zu einem Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchssicherung weiterentwickelt.

In der Weiterbildung wurden rund 210 Seminare und Lehrgänge mit insgesamt 2.295 Teilnehmern realisiert, ein EU-Programm zur Förderung von Weiterbildung und das BMBF-Begabtenförderungsprogramm berufliche Bildung umgesetzt. Dabei sind insgesamt gut T€ 481 aus den Programmmitteln in die Region geflossen.

Die Studienanfängerzahl im Bereich Berufsakademie lag bei 22 Studierenden. Die Kooperation mit der Braunschweiger Schwestereinrichtung wurde vertieft. Insgesamt nutzten 22 Absolventen das Kooperationsangebot, dort den Bachelor-Abschluss zu erwerben und können heute gesamtheitlich auf einen positiven Abschluss zurückblicken.

Innovation und Umwelt

Not macht erfinderisch: 30 Prozent der deutschen Mittelständler reagieren mit mehr Innovationen auf die Krise. Lediglich 5 Prozent reduzieren ihre Innovationsprojekte. Das zeigt eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, an der 1.130 Unternehmen, auch Betriebe im IHK-Bezirk, im Sommer 2009 teilgenommen haben. Mitgliedsunternehmen der IHK erhalten individuelle Beratungsleistungen wie den „Runden Tisch für Innovationsförderung“ oder das „Innovationsaudit“, um die Innovationsfähigkeit des Unternehmens zu steigern. Auch die Veranstaltungsreihe „neugierig“ trägt dazu bei, das Innovationsklima der Region zu verbessern. 2009 überzeugten sich 2.766 Teilnehmer in 25 Veranstaltungen: „Innovation ist die Antwort!“. Um die Wirtschaftskraft und das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region Lüneburg zu stärken, arbeiten die IHK und die Leuphana Universität, Lüneburg zusammen. Sie identifizieren mit der regionalen Wirtschaft Projekte, die in dem europaweit einmaligen Vorhaben, dem Innovations-Inkubator, realisiert werden können.

Schwerpunkte der E-Business-Beratungen und -Veranstaltungen waren die Themen Online-Recht, Digitale Signatur, Webmarketing sowie geführte Unternehmer-Rundgänge auf der Messe CeBIT zu ausgewählten E-Business-Bereichen.

An der „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“ zwischen der Bundesregierung und dem DIHK beteiligte sich die IHK mit Informationsveranstaltungen zum Energiemanagement und zur Kraftwärme-Kopplung sowie mit Betriebsbesuchen. Hierbei wurden die Unternehmen auf Möglichkeiten der Energieeffizienzberatung und andere passende Förderprogramme, Fortbildungsangebote oder Informationsveranstaltungen hingewie-

sen. Als KfW-Regionalpartner unterstützte die IHK Unternehmen bei der Antragstellung im Rahmen des „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“. In Einzelberatungen wurden die Förderfähigkeit überprüft, eine Auswahl geeigneter Energieberater vorgestellt und die Anträge an die KfW weitergeleitet. Ferner beteiligte sich die IHK als Kooperationspartner am Projekt „Ökoprofit“ im Landkreis Lüneburg.

Als neue öffentlich-rechtliche Aufgaben im Bereich Umweltschutz übernahm die IHK die Führung des Registers der Vollständigkeitserklärungen zur Umsetzung der Verpackungsverordnung und gemäß Chemikalien-Klimaschutzverordnung die Ausstellung von Sachkundebescheinigungen für den Umgang mit fluorierten Treibhausgasen. Im Rahmen der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit setzte sich die IHK dafür ein, die Einführung von betrieblichen Umweltmanagementsystemen und -systemansätzen zu fördern. Ein weiterer Themenschwerpunkt der Information und Beratung im Bereich Umweltschutz war die neue elektronische Abfallnachweisführung (eANV) über die Entsorgung gefährlicher Abfälle. Hierzu organisierte die IHK als Federführer im NIHK eine zentrale Informationsveranstaltung für die betroffenen Unternehmen.

International

Die Zahl der von der IHK ausgestellten Ursprungszeugnisse, Beglaubigungen und Bescheinigungen war mit 16.967 aufgrund der konjunkturellen Lage und des Abschwungs im Welt-handel um 11 Prozent rückläufig. Bei den ausgegebenen 449 Carnets war ein Rückgang von 29 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aufgrund der intensiven Werbung und Beratung konnte hingegen bei den elektronisch bearbeiteten Ursprungszeugnissen ein Anstieg um 55 Prozent auf 2.503 verzeichnet werden. Seit Beginn von „E-Government“ im Bereich International in 2002 hat die IHK 8.001 Ursprungszeugnisse auf elektronischem Wege erstellt.

Im Mittelpunkt der Einzelberatung standen Verfahrensfragen beim Ex- und Import, die Einführung der elektronischen Ausfuhranmeldung über ATLAS Ausfuhr und Internetzollanmeldung bei Exportsendungen, der EU-Binnenmarkt, Ausschreibungen, Förderprogramme und Handelshemmnisse. Im Rahmen der Veranstaltung "Ausländisches Recht ist anders" wurden die Abweichungen fremder Rechtsordnungen vom deutschen Recht erläutert und der Eigentumsvorbehalt im Ausland, die Absicherung von Zahlungen sowie die Vor- und Nachteile von Schiedsgerichten dargestellt.

Mit Unterstützung des Netzwerkes der Auslandshandelskammern organisierte die IHK in Celle und Lüneburg Ländersprechtage mit dem Fokus auf die Staaten Kroatien, Serbien, Bosnien Herzegowina sowie China und Indien. Zur Vorbereitung einer Unternehmerreise nach Saudi-Arabien wurde für die teilnehmenden Firmenvertreter eine Informationsveranstaltung mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Saudi-Arabien durchgeführt.



Recht und Fair Play

Mit allgemeinen Rechtsauskünften in ca. 1.100 Fällen zu verschiedenen wirtschaftsrechtlichen Fragen und rund 90 Beratungen zu Möglichkeiten der außergerichtlichen Streitbeilegung bildete die Beratung der Mitglieder den Tätigkeitsschwerpunkt des Geschäftsbereichs. Zu den Themen Erbschaftsteuer, Insolvenzrecht, Online-Recht und Elektronischer Entgelt-nachweis ELENA wurden Informationsveranstaltungen in Kooperation mit externen Dozenten durchgeführt.

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg beaufsichtigt und betreut aktuell rund 110 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige. Auf Anfragen von Gerichten hin wurden in rund 370 Fällen Sachverständige für die Beantwortung konkreter Beweisfragen benannt. Darüber hinaus unterstützte der Geschäftsbereich Registergerichte, Unternehmer, Existenzgründer und Notare im IHK-Bezirk mit mehr als 1.700 firmenrechtlichen Stellungnahmen. Vor der bei der IHK eingerichteten Gesetzlichen Einigungsstelle zur Beilegung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wurde in 12 Fällen verhandelt. Weiterhin wurden die anderen Geschäftsbereiche und die Geschäftsführung intern rechtlich beraten.

1.3 Investitionstätigkeit wesentlicher Art

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden keine Investitionen wesentlicher Art (ab T€ 25) vorgenommen.

1.4 Grundsätze Finanzmanagement

Das Finanzmanagement richtet sich nach den im Finanzstatut und dessen Richtlinien zur Ausführung formulierten Vorgaben. Danach ist bei allen Maßnahmen die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln anzustreben sowie die einzusetzenden Mittel auf den zur Erfüllung der Aufgabe unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken. Im Speziellen ist im Finanzstatut für das Finanzanlagen-Management geregelt, dass dieses den Vorgaben zur Sicherheit, zu einem angemessenen Ertrag sowie der notwendigen Verfügbarkeit zu genügen hat und die nicht zur laufenden Liquiditätssicherung benötigten Mittel in Tages- bzw. Festgeldern anzulegen sind.

Zur Optimierung des Prozesses der Finanzanlagensteuerung hat das IHK-Präsidium im August 2009 eine Richtlinie für Geldanlagen verabschiedet. Ziel dieses neu geschaffenen Regelwerks ist es, die wesentlichen Rahmenbedingungen zur Anlage des Geldvermögens der IHK im Rahmen der Vorgaben des Finanzstatuts zu konkretisieren und so die Beitragsstabil-



tät zu erhalten und die Verpflichtungen der IHK aus der betrieblichen Altersversorgung optimal abzusichern.

Zur fachkundigen Bewertung der Geldanlagen und ihrer Strukturierung hat das Präsidium nach Vorgabe der Richtlinien für Geldanlagen eine Anlagekommission eingesetzt, die aus dem Präsidenten sowie bis zu drei weiteren Vizepräsidenten und dem Hauptgeschäftsführer besteht. Diese hat über den Kauf und Verkauf aller Geldanlagen, sofern es sich nicht um Fest- oder Tagesgelder handelt, zu entscheiden.

1.5 Personal

Zum 31.12.2009 beschäftigte die Industrie- und Handelskammer 106 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Mitarbeiteranzahl ist zwar im Vergleich zum Vorjahr von 104 auf 106 leicht gestiegen, jedoch reduzierten sich die Vollzeitäquivalente von 94,55 auf 92,05. Von den 106 Beschäftigten standen 27 in einem Teilzeitverhältnis, welches einer Quote von 25,5 % entspricht.

Der Frauenanteil betrug – bezogen auf alle Beschäftigte - 66 %.

Die IHK beschäftigte sechs Auszubildende zur/zum Kauffrau/-mann für Bürokommunikation. Darüber hinaus bietet die IHK regelmäßig Praktika für Schüler und Studenten an.

1.6 Organisationsentwicklung

Es ist das permanente Bestreben der IHK-Geschäftsführung, ihre internen Prozesse zu optimieren und mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll im Sinne ihrer Mitglieder umzugehen. In 2009 standen daher die Einführung eines Risikomanagementsystems sowie die Schaffung von einheitlichen Regelungen zum Umgang mit der Bürokommunikationstechnik im besonderen Fokus.

Service-Qualität

Im ersten Quartal 2009 arbeitete die IHK in einer breit angelegten Initiative unter Einbeziehung aller Mitarbeiter und der Geschäftsstellen einen Antrag zur Verleihung des Qualitätssiegels „ServiceQualität Niedersachsen“ aus. Die TourismusMarketing Niedersachsen GmbH bescheinigte der IHK im April 2009, dass sie als erste und bislang einzige Industrie- und Handelskammer das Produktspektrum im Sinne einer kundenorientierten Prozessoptimierung untersucht hat und weiterentwickeln wird. Um das damit verbundene Qualitätssiegel führen zu dürfen, muss die IHK kontinuierlich an diesem Prozess weiterarbeiten. Die IHK wird deshalb auch in Zukunft die Mitarbeiter im Bereich Service schulen und in die Weiterentwicklung der Servicefreundlichkeit und -qualität der Organisation einbinden.



Risikomanagement

Die IHK hat zum 1. November 2009 in analoger Anwendung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) i. V. m. § 91 II AktG und § 317 Abs. 4 HGB ein Überwachungssystem zur Früherkennung und Steuerung bestandsgefährdender Risiken sowie die Vermögens- und Ertragslage bzw. Reputation der IHK signifikant beeinflussende Aktivitäten und Ereignisse eingerichtet.

Risikopolitik, strategische Vorgaben zum Risikomanagement sowie die operative Umsetzung inklusive des Reportings sind in einem Risikomanagementhandbuch geregelt.

Regelungen zur Benutzung der Bürokommunikationstechnik

Zum Ende des Jahres 2009 haben die IHK und der Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Benutzung der Bürokommunikationstechnik geschlossen. Ziel dieser Vereinbarung ist es, eine umfassende Datensicherheit zu gewährleisten und den Umgang mit der Hard- und Software verbindlich und einheitlich zu regeln.

2. Lage der IHK im abgelaufenen Geschäftsjahr

2.1 Ertragslage und Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2009 stiegen die Gesamterträge der IHK Lüneburg-Wolfsburg um T€ 186 auf insgesamt T€ 12.243 an. Das Betriebsergebnis hat sich im Vorjahresvergleich um T€ 490 auf -T€ 79 verbessert. Das Jahresergebnis schloss mit T€ 854 ab (im Vorjahr -T€ 556).

Die Ertragslage der IHK wurde mit insgesamt T€ 7.939 maßgeblich durch die Mitgliedsbeiträge geprägt, mit denen etwa 64,4 % der Betriebsaufwendungen gedeckt wurden. Etwa 41 % dieser Beiträge entfallen auf Umlagen, die vom Gewerbeertrag erhoben werden und 59 % auf Grundbeiträge.

Die Gebühren für hoheitliche Tätigkeiten stellen mit T€ 1.900 die zweitgrößte Ertragsposition dar. Darunter waren die Gebühren für die Betreuung von Ausbildungsverhältnissen und die Abnahme von Prüfungen in der Aus- und Fortbildung mit T€ 1.454 die größten Einzelpositionen.

Der Anstieg bei den Erträgen aus Entgelten in Höhe von T€ 57 beruht insbesondere auf einer verbesserten Ertragslage im Bereich Weiterbildung und Seminare (T€ 43) und aufgrund einer rückgängig gemachten Kündigung beim Versorgungsverband (VdW) und dadurch für das Jahr 2009 erhaltene Rückvergütungen für Versorgungsbezüge. (Außerdem ergab sich

aufgrund der rückwirkenden Mitgliedschaft beim VdW eine periodenfremde Erstattung für das Wirtschaftsjahr 2008 von T€ 537), der unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen wird. Einen weiteren Zuwachs von T€ 1.500 ist beim Finanzergebnis zu verzeichnen.

2.2 Finanzlage und -entwicklung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist ein Maßstab für die Innenfinanzierungskraft der IHK. Er war mehr als ausreichend, den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit zu finanzieren. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit umfasst das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis. Im Geschäftsjahr 2009 beträgt der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit T€ 1.073.

	2009 in T€	2008 in T€
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	1.434	-556
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.073	2.339
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-368	-1.504
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	705	835
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.917	1.082
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.622	1.917

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 2009 T€ -368. Dieser ergibt sich hauptsächlich aus der Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs, Mobiliar, Hard- und Software. Der weitaus negativere Cashflow im Jahr 2008 erklärt sich durch die damals vorgenommenen Vermögensumschichtungen vom Umlauf- in das Finanzanlagevermögen.

Die Finanzlage der IHK hat sich im Geschäftsjahr 2009 gegenüber 2008 weiter verbessert. Der Finanzmittelbestand betrug zum Bilanzstichtag T€ 2.622, er erhöhte sich per Saldo um T€ 705.



2.3 Vermögenslage und -entwicklung

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg hat in ihrer Abschlussbilanz 2009 die Anforderungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) umgesetzt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 % auf T€ 29.377. Die Anlagenintensität lag bei 87,5 % des Gesamtvermögens. Die langfristigen Vermögenswerte nahmen um 3,8 % auf T€ 25.700 zu. Dies war im Wesentlichen auf Zuschreibungen bei den Finanzanlagen zurückzuführen, die der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen sowie der Rückstellungen dienen. Der Anstieg des Umlaufvermögens um 26,7 % auf T€ 3.631 war ursächlich in einem erhöhten Forderungsbestand und einem Anstieg der flüssigen Mittel begründet.

Die Eigenkapitalquote nahm auf 29,4 % zu. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Rückstellungen insgesamt um T€ 676 an. Die langfristigen und kurzfristigen Schulden erhöhten sich um T€ 78 auf T€ 586.

Ausgleichsrücklage nach § 13 Absatz 3 des Finanzstatuts:

Um Schwankungen im Beitragsaufkommen auszugleichen, ist eine Ausgleichsrücklage anzusammeln, die zwischen 30 v. H. und 50 v. H. der Betriebsaufwendungen betragen soll. Nach planmäßiger Einstellung von T€ 1.121 in die Ausgleichsrücklage im Wirtschaftsjahr 2009 steigt diese auf T€ 4.919 und beträgt damit ca. 40 % der Betriebsaufwendungen (T€ 12.322) des Jahres 2009.

2.4 Gesamtaussage

Die Zahlungsfähigkeit der IHK war während des Geschäftsjahres 2009 sowie bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses jederzeit gewährleistet.

Die Geschäftsführung beurteilt die Finanzlage der IHK insgesamt als gut. Die Mittelzuflüsse werden es erlauben, künftige Belastungen aus der zu erwartenden schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung abzufedern.

Die Bilanz trägt allen heute erkennbaren Risiken aus schwankenden Beitragseinnahmen, die aufgrund von starken Konjunkturausschlägen im IHK-Bezirk resultieren können, sowie sonstigen Verpflichtungen Rechnung. Den pflichtgemäßen und zweckgebundenen Rücklagen und Rückstellungen auf der Passivseite steht eine finanzielle Deckung durch das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite gegenüber, die eine solide Finanzlage garantiert. Dadurch sind auch für die Zukunft die Handlungsfähigkeit und die sachgerechte Aufgabenerfüllung der IHK Lüneburg-Wolfsburg sichergestellt.



3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ablauf des Geschäftsjahres

Nach Ablauf des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden.

4. Erwartete Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsfeld „Standortpolitik“ setzt die IHK ihr Engagement zur Realisierung der zentralen Verkehrsinfrastrukturprojekte „A 39“ und „Y-Trasse“ zur langfristigen Stärkung des Standorts Niedersachsen fort. Weiterhin wird in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium an einer Neuausrichtung der Tourismuspolitik und -förderung für die Jahre 2014 bis 2020 gearbeitet.

Im Bereich der „Aus- und Weiterbildung“ lautet das Ziel für 2010, über 500 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. Weitere Projekte sind die Initiierung von Plattformen für Unternehmen zur Rekrutierung von Nachwuchskräften und der Aufbau eines Mentorennetzwerkes zur Verbesserung der Berufsorientierung an Schulen. Dabei steht die Bekämpfung des drohenden Fachkräftemangels in Niedersachsen im Fokus.

Die Arbeitsschwerpunkte im Bereich „International“ orientieren sich an den aktuellen volkswirtschaftlichen Entwicklungen. Mit Ländersprechtagen zu Brasilien und Russland werden Unternehmen ihre Chancen auf diesen Zukunftsmärkten aufgezeigt. Außerdem wird die IHK den Bereich E-Services stärker ausbauen: Nach den Ursprungszeugnissen werden im Laufe des Jahres 2010 auch Carnets online zu signieren sein.

Der Geschäftsbereich „Innovation & Umwelt“ entwickelt in 2010 einen Leitfaden für Unternehmen zur Etablierung eines systematischen Innovationsprozesses in den Betrieben. Außerdem wird die schon seit Jahren sehr erfolgreich laufende Veranstaltungsreihe „neugierig“ fortgesetzt. Im Beratungsbereich setzt der Geschäftsbereich einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema „Reduzierung betrieblicher Umweltkosten“.

Das DIHK-Jahresthema „Stark für den Aufschwung“ greift der Geschäftsbereich „Starthilfe und Unternehmensförderung“ auf. Mit Sonderseiten unter www.ihk24-lueneburg.de, besonderen Veranstaltungen und Beratungsangeboten werden den Unternehmen eine Vielzahl von Informationen an die Hand gegeben. Auch die Kammerzeitschrift „Unsere Wirtschaft“ informiert in einer eigenen Rubrik regelmäßig zum Jahresthema und porträtiert Unternehmen, die besonders gut durch die Krise gekommen sind. Der Geschäftsbereich begleitet ebenfalls die Bundes- und Landesinitiativen zur Kreditmediation. „IHK-Mentor“ heißt die neue Online-Plattform, die im Laufe des Jahres 2010 starten wird. Sie unterstützt Existenzgründer bei ihren ersten Schritten in die Selbstständigkeit mit einem interaktiven Werkzeug zur Erstellung eines Businessplans.



Die Initiative „Schlichten statt Richten“ ist das Leitprojekt des Geschäftsbereichs „Recht und Fair Play“ in 2010. Unternehmen wird die Möglichkeit zur außergerichtlichen und damit kostengünstigen Konfliktlösung aufgezeigt.

Des Weiteren wird die IHK im Jahr 2010 eine Reihe neuer Projekte auflegen, um die Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft weiter zu verbessern, ihr Leistungsspektrum zu vergrößern und besondere Leistungen zu würdigen. Dazu gehören z. B. eine Ausweitung der Schulungen für die ehrenamtlichen Prüfer, Ehrungen für jahrelanges ehrenamtliches Engagement und besondere Veranstaltungen für Existenzgründer, die als neue Mitglieder in der IHK willkommen geheißen und über die Aufgaben und Leistungen der IHK informiert werden.

Zur Mitte des Jahres soll in der IHK ein neues Vergütungssystem für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt werden. Grund dafür ist der bereits seit 2004 nicht mehr weiterentwickelte Bundesangestelltentarif (BAT), an den die Gehälter von etwa Dreiviertel aller IHK-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angelehnt sind. Mit dem neuen System wird eine leistungsorientierte Prämie eingeführt, die in den kommenden Jahren schrittweise auf bis zu 10 % der Grundvergütung ausgebaut werden soll. Ziel des neuen Vergütungssystems ist es, die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren und sich im steigenden Wettbewerb um leistungsfähige, besonders engagierte Fachkräfte noch besser als attraktiver Arbeitgeber positionieren zu können.

Im Februar 2010 tagte erstmals die zur Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung eingerichtete Einigungsstelle nach § 71 ff. NPersVG. Kernaufgabe dieses Gremiums ist die Reformierung der Ruhegeldsatzung von 1976 mit dem Ziel, eine eingetretene Störung der Geschäftsgrundlage zu beseitigen. Der Eingriff in das System der betrieblichen Altersversorgung soll zugleich dem Gebot zur sparsamen Haushaltsführung gerecht werden, als auch die Rechtsprechung zum Bestandsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigen. Es ist zu erwarten, dass das Einigungsstellenverfahren im Ergebnis dazu führen wird, dass die im Anhang unter Gliederungspunkt 2.3 erläuterte Deckungslücke bei den Pensionsrückstellungen von T€ 5.194 reduziert werden kann.

Besondere Baumaßnahmen sind für 2010 am Lüneburger Hauptgebäude vorgesehen. Denn dort muss eine dringend notwendige Sanierung des Westgiebels des Lüneburger IHK-Gebäudes (Am Sande 1) vorgenommen werden.

Die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der IHK ist wesentlich durch die konjunkturelle Lage im IHK-Bezirk geprägt, da das Beitragsaufkommen unmittelbar von der Ertragslage der Mitgliedsunternehmen abhängig ist. Der von der Vollversammlung im November 2009 beschlossene Wirtschaftsplan 2010 und die Projektion der mittelfristigen Erfolgsplanung für die Jahre 2011 bis 2014 gehen aufgrund der Wirtschaftskrise für die nächsten Jahre von deutlich sinkenden Erträgen aus Beiträgen aus. Da die Beitragsveranlagung immer auf Basis der



aktuell veröffentlichten Gewerbeerträge erfolgt, die aber in der Regel aus dem Wirtschaftsjahr von vor zwei Jahren stammen, wird sich die Krise im IHK-Budget erst jetzt in vollem Umfang niederschlagen. Für das Jahr 2010 wird daher von einem Rückgang der Beitragseinnahmen in Höhe von ca. T€ 350 ausgegangen.

Die Erträge und Aufwendungen entwickeln sich aus gegenwärtiger Sicht weitestgehend wie in der Planung prognostiziert. Eine wesentliche Abweichung wird es allerdings im Finanzergebnis geben: Denn die für 2010 eingeplante Wertaufholung des über die UkdW gehaltenen Finanzanlagevermögens konnte erfreulicherweise schon zu einem Großteil in 2009 realisiert werden (T€ 235 mehr als geplant). Das Finanzergebnis - und damit auch das Gesamtergebnis - wird daher um diesen Betrag niedriger ausfallen. Demzufolge ist für 2010 von einem negativen Jahresergebnis von T€ 580 auszugehen. Für das Geschäftsjahr 2011 wird bei um ca. T€ 600 geringeren Beitragseinnahmen und einem um T€ 321 rückläufigem Finanzergebnis ein negatives Jahresergebnis von T€ 1.528 erwartet.

Risiken des laufenden Geschäftsbetriebs aber auch grundsätzlicher Art sind im Rahmen des oben schon dargestellten Risikomanagementsystems abgebildet. Durch angemessene Sicherungsmaßnahmen und interne Kontrollmechanismen werden die Risiken gezielt gesteuert und deren mögliche Schäden bei Eintritt auf ein nicht bestandsgefährdendes Ausmaß reduziert. Dies gilt sowohl für technische Vorkehrungen als auch für vertragliche Gestaltungen von Wiederherstellungszeiten. Versicherungen decken die Teile der erkennbaren Risiken ab, für die eine Absicherung nach einer Kosten-Nutzen-Analyse sinnvoll ist. Die ergebnisorientierte Steuerung der Finanzprozesse wird u. a. durch die in 2009 eingesetzte Anlagekommission gewährleistet.

Die IHK verpflichtet sich zu einer laufenden Weiterentwicklung ihrer internen Prozesse im Sinne ihrer Kunden. Dies ermöglicht der IHK als moderner Dienstleister, den wachsenden Anforderungen der zu erfüllenden Aufgaben gerecht zu werden. Qualität in der Erledigung von Aufgaben und bei Auskünften zeichnet die IHK auch künftig als guten Berater der Mitgliedsunternehmen aus. Die IHK ist offen für die Übernahme zusätzlicher gesetzlicher Aufgaben unter der Voraussetzung des unmittelbaren Wirtschaftsbezugs.

Lüneburg, den 5. Mai 2010

Eberhard Manzke
Präsident

Michael Zeinert
Hauptgeschäftsführer

Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht

Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1
21335 Lüneburg
Telefon (0 41 31) 7 42-0
Telefax (0 41 31) 7 42-1 80
E-Mail: service@lueneburg.ihk.de
Internet: www.ihk24-lueneburg.de

Geschäftsstelle Celle der
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Südwall 26
29221 Celle
Telefon (0 51 41) 91 96-0
Telefax (0 51 41) 91 96-54

Geschäftsstelle Wolfsburg der
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Mühlengraben 22-24
38440 Wolfsburg
Telefon (0 53 61) 29 54-0
Telefax (0 53 61) 29 54-54



Industrie- und Handelskammer
Lüneburg-Wolfsburg